



Impulspapier



Wirtschaft 4.0

—

den digitalen Wandel in Baden-Württemberg gestalten

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaft 4.0 – den digitalen Wandel in Baden-Württemberg gestalten	3
I. Unternehmen nicht überregulieren, sondern bessere Aus- und Weiterbildungsangebote schaffen	4
II. Schnelles Internet und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sind die Lebensadern der digitalisierten Wirtschaft.....	7
III. Wirtschaft 4.0 – Digitalisierung für alle Betriebe ermöglichen	9
IV. Den europäischen digitalen Binnenmarkt realisieren – Rechtsrahmen gestalten, Regeln vereinfachen.....	11

FDP/DVP Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart

Tel. 0711 2063-918
Fax 0711 2063-610

post@fdp.landtag-bw.de
www.fdp-dvp.de

Wirtschaft 4.0 – den digitalen Wandel in Baden-Württemberg gestalten

Die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung revolutionieren nicht nur unsere Gesellschaft – sie verändern auch das Wirtschaftsleben in Baden-Württemberg. Daten nehmen bereits heute eine zentrale Rolle im Produktionsprozess ein. Trends wie Big Data (Sammeln und systematisches Auswerten großer Datenmengen), Cloud Computing (Speicherung und Bearbeitung von Daten auf externen Servern) oder der zunehmende Einsatz mobiler Endgeräte erfassen in besonderer Weise den Mittelstand. Die Digitalisierung steht dort nicht erst bevor – sie ist bereits in vollem Gange: Bei fast jedem dritten Unternehmen weltweit spielen digitale Technologien eine sehr große Rolle für das eigene Geschäftsmodell, bei weiteren 40 Prozent eine mittelgroße Rolle. Das Internet der Dinge – also die selbstständige Kommunikation von digitalisierten Produkten ohne Eingriff des Menschen – stellt die Unternehmen in Baden-Württemberg vor neue Möglichkeiten und Herausforderungen.

Die Digitalisierung eröffnet zunächst neue und ungeahnte Chancen. Der Branchenverband BITKOM schätzt das volkswirtschaftliche Potential für Deutschland bis zum Jahr 2025 auf über 80 Milliarden Euro. Es können Produktivitätsfortschritte von bis zu 30 Prozent erreicht sowie zusätzliche Kostenvorteile durch Ressourcenschonung und Energieeffizienz genutzt werden. Außerdem ermöglicht die Digitalisierung durch die intensive Kommunikation zwischen Maschinen, Werkstoffträgern und Komponenten individualisierte Produkte in Massenproduktion. Die hohen Produktivitätszuwächse sichern die Wettbewerbsfähigkeit an Hochkostenstandorten in Europa. Dies ist für einen Industriestandort wie Deutschland entscheidend. Nach Angaben der Unternehmensberatung McKinsey lassen sich in Deutschland 207 Milliarden Euro Wachstum bis zum Jahr 2025 durch Einbindung von Internettechnologien in die Produktion erwirtschaften – oder eben verlieren, wenn die deutsche Politik und die Wirtschaft diesen Veränderungsprozess nicht bewältigen sollte.

Baden-Württemberg ist der produktivste Wirtschaftsstandort in Deutschland und einer der wichtigsten in Europa. Rund 1,5 Millionen Menschen arbeiten in der Industrie. Deren Anteil von 33 Prozent an der Bruttowertschöpfung ist wesentlich höher als im Bundesdurchschnitt (22 Prozent). Insgesamt verfügt Baden-Württemberg über knapp 500.000 Unternehmen, die über 3,7 Millionen Menschen beschäftigen. Fast 50 Prozent der Beschäftigten arbeiten in Unternehmen mit 10 bis 250 Mitarbeitern. Der Wohlstand Baden-Württembergs und seiner Bürgerinnen und Bürger hängt deshalb davon ab, ob gerade in diesen kleinen und mittleren Unternehmen die Digitalisierung gelingt. Für die kleinteilig strukturierte Wirtschaft in Baden-Württemberg mit den vielen familiengeführten Unternehmen ist die Digitalisierung eine besondere Herausforderung. Die Anforderungen an die Arbeitsplätze werden steigen. Dies erfordert besser ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiter. Zudem müssen sich die Sicherheitsmodelle in der mittelständischen Wirtschaft an die neuen Anforderungen der Sicherheit von Daten anpassen, um Betriebsgeheimnisse effizient zu schützen.

Grün-Rot nimmt die digitale Revolution zum Anlass, in einzelne „Leuchtturmprojekte“ zu investieren. Dies darf sich nicht zum Vorwand der Landesregierung entwickeln, um der Wirtschaft in Baden-Württemberg erneut Vorgaben zu machen, in welche Richtung sie ihre Produkte zu entwickeln hat. Eine staatliche Gängelung mit Hilfe von „Innovationspeitschen“, durch die der grüne Ministerpräsident Kretschmann bereits die Autoindustrie zu einer aus seiner Sicht umweltfreundlicheren Technik treiben wollte, lehnen wir Freie Demokraten ab. Denn die Digitalisierung der Wirtschaft hat eine solche Kraft und eine solche Eigendynamik, dass es nicht Aufgabe einer klugen Wirtschaftspolitik ist, zusätzliche Subventionen zu verteilen. Wir Freie Demokraten wollen im Sinne einer liberalen Ordnungspolitik die Digitalisierung durch Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für alle – auch die kleinen und mittelständischen – Unternehmen ermöglichen. Der berühmte Bandleader Duke Ellington hat einmal gesagt: *„Schwierigkeiten sind Gelegenheiten zu zeigen, was man kann.“* Damit die Wirtschaft in Baden-Württemberg in der Lage ist, zu zeigen was sie kann, muss die Landespolitik aus Sicht der FDP/DVP Fraktion endlich mutige und wegweisende Maßnahmen ergreifen. Unsere Vorschläge stellen dabei erste und wichtige Schritte dar. Gemeinsam mit den Unternehmen und den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir Freie Demokraten die digitale Revolution nicht nur begleiten, sondern aktiv gestalten.

I. Unternehmen nicht überregulieren, sondern bessere Aus- und Weiterbildungsangebote schaffen

Die Grundlage für eine funktionierende und umfassende Digitalisierung der mittelständisch geprägten Wirtschaft in Baden-Württemberg sind gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben. Bereits jetzt investieren die Unternehmen mehrere Millionen Euro in die Fort- und Weiterbildung. Im baden-württembergischen Maschinenbau beispielsweise bilden sich die Mitarbeiter durchschnittlich drei Tage im Jahr fachlich und technisch weiter. Trotzdem gängelt die grün-rote Landesregierung den Mittelstand mit einem völlig unnötigen Bildungszeitgesetz und vernachlässigt die beruflichen Schulen sträflich. Die FDP/DVP Fraktion will den Mittelstand bei der Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch gut ausgestattete Aus- und Weiterbildungseinrichtungen unterstützen. Darüber hinaus lässt Grün-Rot die Potentiale der Digitalisierung in Schule, Hochschule und Weiterbildung in unverantwortlicher Weise brach liegen. SPD-Kultusminister Stoch verbietet gar den Lehrern die Verwendung von sozialen Netzwerken und Plattformen wie Facebook oder Whats App zur Kommunikation mit Schülern – ohne einen adäquaten Ersatz für eine digital gestützte Kommunikation zu Unterrichtszwecken zu schaffen. Angesichts der fehlenden flächendeckenden Verbreitung von schnellem Internet und der mangelnden Ausstattung der Schulen mit moderner Technik läuft Baden-Württemberg Gefahr, ein „digitales Entwicklungsland“ zu werden, wenn nicht erhebliche Anstrengungen unternommen werden.

Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vor:

- Die **digitalen Kompetenzen in der Schule und der beruflichen Ausbildung** müssen gestärkt werden. Das Handwerk und die Hochschulen sollen von einem gezielten Transfer von Forschungs- und Anwendungsbedarfen und deren Ergebnissen profitieren. Entsprechende **Netzwerke zum Technologietransfer** sind auszubauen. Zudem muss gerade die **technische Ausstattung an den Schulen** mit dem technologischen Wandel mithalten können. Die Digitalisierung ist zukünftig aus dem Schulalltag nicht mehr wegzudenken. Wir Freie Demokraten fordern deshalb einen **Digitalisierungspakt** zwischen dem Land und den kommunalen Landesverbänden zu schließen. Hierbei wollen wir gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden ein Landesprogramm entwerfen, das Anreize zum Ausbau beziehungsweise zur Bereitstellung der entsprechenden IT-Infrastruktur an den Schulen schafft.
- Darüber hinaus fordern wir die schwarz-rote Bundesregierung auf, ihren eigenen Beschluss im Deutschen Bundestag (BT-Drs. 18/4422) umzusetzen und in Zusammenarbeit mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen eine **Strategie „Digitales Lernen“** zu entwickeln und auf einen **Länderstaatsvertrag zur Finanzierung der notwendigen technischen Infrastruktur** hinzuwirken.
- Die Gewinnung von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den **MINT-Berufen** (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) ist ein wichtiger Baustein, damit die Digitalisierung funktionieren kann. An den Hochschulen sind deshalb **zusätzliche Studienplätze** einzurichten beziehungsweise neue Studiengänge zu eröffnen. Das **Interesse an Naturwissenschaften und Technik** gilt es bereits im Kindergarten und in der Grundschule zu fördern. Zukunftsweisende Ansätze sind das „Haus der kleinen Forscher“ und Wettbewerbe wie „Jugend forscht“. Auch der Orientierungsplan für eine Pädagogik im Kindergarten liefert für dieses Vorhaben eine Basis. Die Zusammenlegung von Biologie und Naturphänomenen zu einem Fächerverbund am Gymnasium nach einem einheitlichen Muster über alle Schularten hinweg verwässert das hohe Niveau der einzelnen Fächer. Wir Freie Demokraten lehnen diese Zwangsfusion strikt ab und wollen im Interesse einer hohen Unterrichtsqualität in den **naturwissenschaftlichen Fächern deren Eigenständigkeit erhalten**.
- Trotz gebetsmühlenartiger Bekenntnisse von Grün-Rot zu „Industrie 4.0“ hat die Landesregierung die Informatik aus den Entwürfen zu den Bildungsplänen nahezu verbannt. Es soll demnach nur noch einen „Basiskurs Medienbildung“ (BMB) in der fünften Klasse geben, der an das Fach Deutsch angegliedert werden und in erster Linie die Anwendung einschlägiger Programme sowie den verantwortungsbewussten Umgang mit neuen Medien vermitteln soll. An die Stelle der Vermittlung von Informatik-Kenntnissen im Rahmen des Curriculums „Informationstechnische Grundbildung“ (ITG) tritt nun die Leitperspektive „Medienbildung“ als allgemeine Querschnittsaufgabe für alle Fächer. Informatik ist aber mehr als PowerPoint und Facebook.

Sie vermittelt grundlegende Kenntnisse über die Zusammenhänge der Informationstechnik. Wir Freie Demokraten fordern deshalb für **alle weiterführenden Schularten ein eigenständiges Informatik-Curriculum**, das an das Fach Mathematik angebunden ist. Ziel muss es sein, **schrittweise ein eigenes Schulfach „Informatik“ aufzubauen, das ab Klasse 8 unterrichtet** wird. In der **Oberstufe des Gymnasiums** muss weiterhin der freiwillige Besuch des **Neigungskurses „Informatik“** möglich sein, den Grün-Rot in ihrem Bildungsplan streichen will. Außerdem treten wir für eine **auskömmliche Personal- und Sachmittelausstattung der Schulen** ein. Zumindest jede weiterführende Schule sollte in der Lage sein, Arbeitsgemeinschaften in den Bereichen Technik und Informationstechnologien anbieten zu können. Es sollen auch **schulübergreifende Zukunftswerkstätten** entstehen können. In diesen haben die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit sich mit neuartigen Technologien wie Robotik oder 3D-Druck zu beschäftigen und darin Kenntnisse und Fähigkeiten zu erlangen.

- Die Digitalisierung der Arbeitswelt wird auch die Ausbildungsberufe maßgeblich verändern. Unsere Kinder werden in neuen Berufen arbeiten, die es in dieser Form heute noch gar nicht gibt. Die FDP/DVP Fraktion erwartet deshalb, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine **Überarbeitung von Ausbildungsordnungen gemeinsam mit den Betrieben/dualen Partnern** einsetzt. Die Neuordnungsverfahren müssen bereits heute Lösungen im Hinblick auf die zukünftige Arbeitsprozessgestaltung und die damit verbundenen Qualifizierungsfragen finden. Wir setzen dabei auch auf das Know-How der Vertretungen des Handwerks, der Berufsschulen und der Industrie- und Handelskammern, um praxisnahe und umsetzbare Lösungen zu finden.
- Mit Sorge beobachten wir, dass Grün-Rot Chancen für eine gute Aufstellung Baden-Württembergs für die Herausforderungen der Digitalisierung nicht nutzt. Bestes Beispiel: Die **Lernplattform „BildungscLOUD“**. Diese von Unternehmen initiierte „Open Source Business Alliance“ will eine Bildungsplattform einrichten sowie ein Vergütungssystem für Autoren und Verlage von Bildungsmedien etablieren. Auf der Plattform sollen digitale und interaktive Lehr- und Lernmittel genutzt und unter den Schulen ausgetauscht werden können. Damit stellt die BildungscLOUD aus Sicht der FDP/DVP Fraktion eine Lösung für das Spannungsfeld des Urheberrechtsschutzes auf der einen Seite und dem Wunsch nach einer breiten Angebotspalette für digital zugängliche Lehr- und Lernmittel auf der anderen Seite dar. Außerdem führt die BildungscLOUD durch geschützte Räume für onlinegestützten Unterricht zu wesentlichen Verbesserungen bei der Datensicherheit. Die BildungscLOUD soll dabei nicht nur die Nutzung von Bildungssoftware seitens der Schulen ermöglichen, sondern versteht sich auch als offen zugängliche Bildungsplattform. Umso unverständlicher ist die Blockadehaltung der grün-roten Landesregierung gegenüber den Initiatoren der BildungscLOUD. Denn es ist zu befürchten, dass große Internetkonzerne wie Amazon den Markt übernehmen und mittelständische Anbieter von Bildungssoftware und traditionelle Schulbuchverlage das Nachsehen haben, wenn der Starrsinn des Kultusministeriums nicht überwunden werden kann. Viel zu spät reagiert das Kultusministerium nun und möchte kurz vor der Landtagswahl sechs Millionen Euro in eine

„digitale Bildungsplattform“ investieren. Wie diese genau ausgestaltet sein soll, wer die Trägerschaft übernimmt und für welchen Personenkreis diese Plattform nutzbar sein wird, bleibt im Unklaren. Wir Freie Demokraten werden dagegen im Fall einer Regierungsbeteiligung die Chance nutzen und mit der Initiative „Bildungscloud“ an der beschriebenen Umsetzung arbeiten.

- Im Vergleich zur „Virtuellen Hochschule Bayern“ führt die **„Digitale Hochschule Baden-Württemberg“** ein Schattendasein. Dabei kann es sich gerade das Technikland Baden-Württemberg nicht erlauben, bei der Digitalisierung der Hochschulen von anderen Hochschulstandorten abgehängt zu werden. Ein erster Schritt wäre eine Kooperationsvereinbarung mit Bayern, damit baden-württembergische Studierende die Angebote der Virtuellen Hochschule in Anspruch nehmen können. Mittelfristiges Ziel muss aber eine **eigene Virtuelle Hochschule in Baden-Württemberg** mit einem **eigenständigen Studienangebot** sowie eine **Entwicklung von virtuellen Vorlesungen und onlinegestützten Angeboten an allen Hochschulen** sein. Dies stellt einen wichtigen Beitrag im Bereich des lebenslangen Lernens und der Weiterbildung dar, da es Lösungen zur Vereinbarkeit von Studium, Beruf und Familie bietet.

II. Schnelles Internet und eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sind die Lebensadern der digitalisierten Wirtschaft

Die digitale Vernetzung von Unternehmen und Betrieben kann nur durch eine flächendeckende Versorgung Baden-Württembergs mit schnellem Internet sowie mit einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur gelingen. Die über Breitbandanschlüsse transportierte Datenmenge hat sich allein im Zeitraum 2005-2010 von 0,7 auf 3,2 Milliarden Gigabyte mehr als vervierfacht. Die grün-rote Landesregierung definiert „Breitband-Grundversorgung“ aktuell als verfügbare Bandbreite von mindestens zwei Megabit pro Sekunde. Über diese Bandbreite verfügen laut TÜV Rheinland heute immerhin 99 Prozent aller Haushalte in Baden-Württemberg. Über mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügen in Baden-Württemberg hingegen nur etwa 70 Prozent der Haushalte – mit erheblichen Schwankungsbreiten in ländlichen Regionen wie im Odenwald, im Schwarzwald oder in Oberschwaben. Etwa die Hälfte der Unternehmen in Baden-Württemberg beklagt eine unzureichende Versorgung und hat nur eine Bandbreite von maximal sechs Megabit pro Sekunde zur Verfügung.

Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vor:

- Der Breitbandausbau muss als technische Grundlage für alle und in ganz Baden-Württemberg vorangebracht werden. Im Vergleich zum Förderpaket der Bayerischen Staatsregierung, das für den Breitbandausbau bis 2018 Mittel in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bereitstellt, wirken die jährlichen 31,7 Millionen Euro der grün-roten Landesregierung von Baden-Württemberg – auch unter Berücksichtigung der digitalen

Dividende des Bundes in Höhe von 59 Millionen Euro – zwergenhaft. Deshalb benötigen wir eine **Investitionsoffensive für Infrastruktur in Höhe von einer Milliarde Euro in den kommenden fünf Jahren**. Die finanziellen Mittel sollen der Landessstiftung Baden-Württemberg entnommen werden. Zusätzlich sollen Landesbeteiligungen auf den Prüfstand und gezielt veräußert werden.

- Die Förderkriterien der **Verwaltungsvorschrift zur Breitbandförderung** müssen noch **stärker auf den Standard „Fiber to the Home (FTTH)/Fiber to the Building (FTTB)“ ausgerichtet** werden, damit eine flächendeckende und leistungsfähige Glasfaseranbindung erreicht wird.
- Eine wirksame und mit dem europäischen Recht vereinbare Änderung des Telemediengesetzes ist dringend notwendig, damit ein **niederschwelliger Zugang zu öffentlichen WLAN-Hotspots** unter Wahrung der Rechtssicherheit für die Betreiber endlich ermöglicht wird. Sobald eine entsprechende Gesetzesänderung erreicht ist, sollten das Land und die Kommunen mit ihren öffentlichen Einrichtungen (z. B. Bibliotheken, Behördenzentren etc.) beim zügigen Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots voranschreiten.
- Wir wollen die Potenziale der Digitalisierung auch für die Verkehrsinfrastruktur nutzen. Die Leistungsfähigkeit der Straßen wird erheblich gesteigert, die Umwelt geschont und Staus vermieden. Dies soll unter anderem durch die Kommunikation zwischen den Fahrzeugen und zwischen Fahrzeugen und Infrastruktur, so genannte **„Car-to-X-Kommunikation“**, erreicht werden. Unter dem Schlagwort SIMTD (=Sichere Intelligente Mobilität Testfeld Deutschland) wurde zum Jahresende 2013 ein wichtiges Forschungsvorhaben beendet. Die FDP/DVP Fraktion hat diese Erkenntnisse aufgegriffen und bereits im Jahr 2013 ein Konzept für eine **„Mobilitätsoffensive Baden-Württemberg 23“** vorgelegt. Wir fordern von der Landesregierung einen entsprechenden **Aktionsplan endlich umzusetzen**.
- Die Ideen zur „Industrie 4.0“ sind zum Scheitern verurteilt, wenn nicht die **dringend erforderlichen Sanierungen im Straßenbau** erfolgen. Es ist schlichtweg unerträglich, wenn unser Maschinenbau und die Hersteller schwerer und schwerster Nutzfahrzeuge und Maschinen aufgrund einer unzureichenden Infrastruktur ihre Waren nur noch mit großen Umwegen transportieren können. Wir Freie Demokraten fordern deshalb ein **umfassendes Sanierungsprogramm für die Brücken der Landesstraßen**. Ebenso muss es im **Ausbau von Straßen** deutlich stärker voran gehen. Es darf nicht noch einmal wie im Jahr 2013 passieren, dass mögliche Bundesmittel für den Straßenbau von Grün-Rot in Berlin nicht abgerufen werden.

III. Wirtschaft 4.0 – Digitalisierung für alle Betriebe ermöglichen

Die Digitalisierung des Wirtschaftslebens findet mit großem Tempo statt. Große Betriebe mit eigenen IT-Abteilungen stellen Kommunikation, Marketing, Arbeitsweisen und Produktionsabläufe auf diese neuen Möglichkeiten ein. Nach einer aktuellen Studie investieren sie 4,5 Prozent ihrer Jahresumsätze in Forschung und Innovation, bei mittelständischen Betrieben ist der Anteil mit 1,6 Prozent deutlich geringer. Je kleiner der Betrieb, desto größer sind die Herausforderungen mit der digitalen Entwicklung neben den alltäglichen Betriebsabläufen Schritt zu halten. Ein Problem ist zudem, dass fast zwei Drittel der mittelständischen Fertiger in Deutschland, Österreich und der Schweiz den Begriff "Industrie 4.0" nicht kennen. Das ergab eine Umfrage unter rund 1.000 Unternehmen, die das Analysehaus techconsult im Rahmen seiner Studie "Business Performance Index Mittelstand 2014" erstellt hat.

Die Stärke der baden-württembergischen Wirtschaft ist die heterogene Struktur, sowohl räumlich als auch von der Unternehmensgröße. Wenn kleine und mittlere Betriebe die digitalen Voraussetzungen nicht erfüllen können, drohen Probleme für Zulieferer und Dienstleister. „Industrie 4.0“ muss deshalb in Baden-Württemberg als „Wirtschaft 4.0“ gedacht und umgesetzt werden, um diese bewährte Wirtschaftsstruktur erhalten zu können.

Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vor:

- Für ein breiteres Verständnis der Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung für kleine und mittlere Unternehmen wollen wir ein **eigenständiges Wirtschaftsministerium**, das Beratungs- und Lotsenprogramme sowie Austauschforen für Industrie, Hochschulen sowie kleine und mittlere Unternehmen bereitstellt und koordiniert. Darin sollen die Zuständigkeiten in einer eigenen **Vernetzungsstelle Digitalisierung** gebündelt werden, die von einem Bevollmächtigten des Landes für Digitalisierung, Informationstechnologie und E-Government sowie Chief Information Officer (CIO) geleitet werden soll. Der Beauftragte soll sowohl als ressortübergreifender Ansprechpartner für Vorhaben der Digitalisierung fungieren als auch als Koordinator der Umsetzung von E-Government in der Landesverwaltung selbst. Je nach Zuweisung bestehender Stellen in das eigenständige Wirtschaftsministerium soll diese Funktion einer vorhandenen Staatssekretärsstelle oder aber wieder einer Ministerialdirektorenstelle mit Vortragsrecht im Kabinett zugewiesen werden. Die Vernetzungsstelle Digitalisierung gehört nach unserer Ansicht entschieden und mit hoher politischer Gewichtung in das Wirtschaftsressort. Die von Grün-Rot beabsichtigte Umwidmung des Landesamtes für Geoinformation und Landentwicklung im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu einer Digitalisierungsbehörde halten wir für eine nicht zielführende Ressortzuteilung.

- Die Digitalisierung der Wirtschaft ermöglicht neue Geschäftsmodelle, die die Grundlage für erfolgreiche Start-Ups sein können. Den Schritt in die Selbständigkeit wagen immer weniger Menschen – 2014 waren es in Baden-Württemberg so wenige wie noch nie. Wir wollen deshalb eine **neue Gründerkultur in Baden-Württemberg etablieren**. Ein bürokratiefreies erstes Jahr für Existenzgründer, Coaching- und Mentoringprogramme, Start-Up-Planspiele an den Schulen sowie eine deutliche Entbürokratisierung – beispielsweise durch die Reduzierung von Dokumentationspflichten beim Mindestlohn oder die Abschaffung des Bildungszeitgesetzes – stellen für uns Freie Demokraten wichtige Schritte dar.
- Wir halten die Ausschreibung eines **Modellprojekts „Digitale Einkaufsstadt Baden-Württemberg“** für Städte und Gemeinden in der Größe von 5.000 – 50.000 Einwohnern für notwendig. Bei diesem sollen auch kleine Geschäfte ertüchtigt und begleitet werden, digitale Elemente in ihre Verkaufsstrategie aufzunehmen. Dies soll Einzelhandel und Internethandel zusammenführen und damit die Stadt- und Ortskerne als frequentierte Einkaufsplätze stärken.
- Die Schaffung einer zentralen **Anlaufstelle bei Nachfragen im umsatzsteuerlichen Bereich**, vor allem für geschäftliche Kontakte mit dem Ausland, kann gerade kleine und mittlere Betriebe unterstützen.
- Die **Cluster-Initiative Baden-Württemberg** sollte für Unterstützungsprojekte ihrer Mitglieder im Bereich der Digitalisierung überprüft und entsprechend ertüchtigt werden.
- Wir wollen ein Programm **„second start (up)“** auf den Weg bringen, um die **Unternehmen bei Umbau- und Weiterentwicklungsprozessen infolge der Digitalisierung zu unterstützen**. Dadurch sollen der Erfahrungsaustausch der Unternehmen durch eine Vernetzung ermöglicht sowie Weiterbildungsprogramme sichergestellt werden.
- Unter Beteiligung der Spitzenforschung wollen wir ein Modellprojekt für die Bereiche **„Smart Building“** und **„Smart Home“** schaffen.
- Wir wollen die Bereiche der **Telemedizin und Altersassistenzsysteme** stärken, indem wir dafür eintreten, aus der Modellphase in die Regelversorgung im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung zu kommen. Telemedizin stellt ein Plus an Sicherheit und Versorgungsqualität dar, insbesondere für Menschen mit einer chronischen Erkrankung.

IV. Den europäischen digitalen Binnenmarkt realisieren – Rechtsrahmen gestalten, Regeln vereinfachen

Technische Fortschritte und digitale Lösungen ermöglichen es gerade Handwerksbetrieben sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen ihre Waren und Dienstleistungen auch in den europäischen Nachbarstaaten anzubieten. Damit dies aber Realität wird, müssen europaweite Rahmenbedingungen geschaffen und Regelungen vereinheitlicht werden. Dazu hat die Europäische Kommission im Mai 2015 eine Strategie für einen europäischen digitalen Binnenmarkt vorgelegt. In dieser Strategie sind neben der Harmonisierung von Rechtsvorschriften beim Online-Handel in Sachen Kauf- und Verbraucherschutzrecht und einer Vereinfachung des Verwaltungsaufwands bei der Mehrwertsteuer beim grenzüberschreitenden Handel auch notwendige Vereinheitlichungen in den Bereichen Datensicherheit und Datenschutz sowie zur Sicherheit von Daten, die in Clouds abgelegt sind, vorgesehen. Wir begrüßen diesen Schritt der Europäischen Kommission. Dies entbindet aber die Landesregierung nicht, die Strategie im Land durch eigene Initiativen zu konkretisieren und sich auf Bundesebene für die tatsächliche Umsetzung in nationales Recht einzusetzen. Darüber hinaus muss auch an internationalen Standards gearbeitet werden, da die Kunden und Geschäftspartner der baden-württembergischen Unternehmen zunehmend global aufgestellt sind. Dazu ist unter anderem eine engere Kooperation zwischen der deutschen Plattform „Industrie 4.0“ sowie dem Deutschen Institut für Normung (DIN) und dem US-amerikanischen „Industrial Internet Consortium“ erforderlich.

Wir Freie Demokraten schlagen deshalb vor:

- Aufgrund des massiven Wettbewerbsdrucks aus den USA ist ein einheitliches **europäisches Datenschutzrecht** dringender notwendig denn je. Die erfolgreiche Vermarktung von Lösungen zum „Internet der Dinge“ wird durch die starke Zersplitterung der Datenschutzregelungen massiv erschwert. Bei der Harmonisierung von Rechtsvorschriften müssen sich das Land und der Bund dafür einsetzen, dass bei der Umsetzung die praktischen Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigt werden.
- Der von der Europäischen Kommission im Jahr 2012 vorgelegte Entwurf einer **europäischen Datenschutz-Grundverordnung** muss deutlich **bürokratieärmer und praxisgerechter ausgestaltet** werden. Es kann nicht sein, dass datensparsame Unternehmen wie Handwerksbetriebe gleich behandelt werden wie weltweit tätige und datenintensive Internetkonzerne. Dabei ist der Grundsatz zu beachten, dass Einwilligungserklärungen des Betroffenen nur dann erforderlich sein sollten, wenn sie auch dem tatsächlichen Schutz des Betroffenen dienen.

- Digitaler Datenschutz hat im Sinne von **Informationssicherheit für kleine und mittlere Unternehmen** eine wichtige Funktion. Informationssicherheit kann aber nicht von jedem Unternehmen neu erfunden werden. Insbesondere der Austausch von Informationen über erkannte oder laufende Bedrohungen sowie über die Erkennung solcher Bedrohungen ist für den Mittelstand von hoher Bedeutung. Zu wenige Betroffene geben Hackerangriffe oder Schadsoftware-Kampagnen aus Angst vor negativer Berichterstattung zu. Wir wollen deshalb eine **Vernetzungsstelle aufbauen**, über welche die Unternehmen Informationen austauschen, die Sicherheitsbehörden generalisierte Informationen weitergeben sowie nicht zuletzt betroffene Unternehmen anonymisiert Hinweise auf laufende Angriffe geben können.
- Kleine und mittlere Unternehmen verfügen oft nicht über die personellen und finanziellen Mittel, um **Maßnahmen zur konkreten Umsetzung von Informationssicherheit** durchzuführen. Ein sicherer Umgang mit Daten lässt sich hier nicht ohne eine staatliche Unterstützung realisieren. Wir fordern deshalb die **Einführung von Wertgutscheinen**, die diese Unternehmen bei zertifizierten Dienstleistern einlösen können.
- Die unterschiedlichen Mehrwertsteuerregelungen in Europa haben den europaweiten Online-Handel eher erschwert. Ein **einheitliches Mehrwertsteuerformular** wäre ein erster Schritt zur Entbürokratisierung. Mittelfristig sollte eine **inländische zentrale Anlaufstelle** geschaffen werden, bei der kleine und mittlere Unternehmen ihren umsatzsteuerlichen Pflichten nachkommen können.
- Die **Transparenz und Kundensouveränität bei der Speicherung und Auswertung von vertraulichen Daten** muss gewährleistet sein. Der Kunde muss wissen, was mit seinen Daten passiert. Gerade hier eröffnen sich für Unternehmen in Baden-Württemberg in der Konkurrenz zu den dominierenden Unternehmen wie Google neue Geschäftsfelder.
- Die Digitalisierung erfordert einen besonderen Schutz von sensiblen Daten – gerade im Hinblick auf die zunehmende **Abwehr von Wirtschaftsspionage**. Mittelständische Unternehmen können sich in der Regel keine eigene Sicherheitsabteilung leisten. Die grün-rote Landesregierung hat bei diesem Thema bisher die Hände in den Schoß gelegt. Trotz mehrfacher parlamentarischer Initiativen der FDP/DVP Fraktion fehlt ein **umfassendes Gesamtkonzept**, welches der Bedeutung der IT-Sicherheit für die mittelständische Wirtschaft in Baden-Württemberg gerecht wird. Ein solches Konzept ist jedoch mehr denn je erforderlich, denn das Ausspionieren von Weltmarktführern und Konkurrenten ist längst fester Bestandteil im globalen Konkurrenzkampf. Dabei gehört für uns Freie Demokraten zu einem Gesamtkonzept auch die **Stärkung des Landesamts für Verfassungsschutz und des Landeskriminalamts**. Landesamt für Verfassungsschutz und Landeskriminalamt sind in Baden-Württemberg unter anderem für die Spionageabwehr und die sog. "Cyberkriminalität" zuständig. Dazu kooperieren sie bereits jetzt vereinzelt mit Industrie- und Handelskammern und Unternehmen. Diese Zusammenarbeit muss jedoch deutlich intensiviert werden. Kontakte dürfen

nicht erst dann eine Rolle spielen, wenn es um die Ermittlung von Straftaten geht. Wichtig ist es, schon in der Prävention intensiver zusammenzuarbeiten, zu sensibilisieren, gemeinsame Schulungen zu organisieren und Abwehrstrategien zu entwickeln. Eine nachhaltige, die Bedeutung der Sicherung von Innovationen für unsere Zukunft angemessen berücksichtigende Zusammenarbeit kann nur mit einem Mehr an Personal und Ausstattung beim Landesamt für Verfassungsschutz und beim Landeskriminalamt gelingen.

- Dringend notwendig ist eine **Stärkung des Landeskriminalamts (LKA) im Bereich der Informationssicherheit**. Dafür muss das Land auch dazu bereit sein, mehr Mittel in die Weiterbildung der Mitarbeiter des LKA und zusätzliche Personalstellen zu investieren. Sinnvoll ist zudem ein Ausbau der Kooperationen des LKA mit der Wirtschaft.

Stand 11. Dezember 2015

Diese Veröffentlichung der FDP/DVP Landtagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.
--